

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

10.11.1919 (No. 312)

Karlsruher Tagblatt

Verkaufspreis:
In Karlsruhe frei ins Haus
vierteljährlich 1.90 M., an
den Ausgabestellen abgeholt
monatlich 1.80 M.,
in 10 Pf. am Postamt
abgeholt 1.40 M., viertel-
jährlich durch den Brief-
träger frei ins Haus ge-
bracht 1.45 M.,
Einschubnummer 10 Pf.

Anzeigen:
die Ogel. Konvaleszenz-
oder deren Raum 20 Bg.,
Reklamage 1.25 M., an
erster Stelle 1.50 M.,
auf diese Stelle
30% Zuerstzulage.
Nacht nach Tarif.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags.
Kleinere Anzeigen (Kontakts)
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanzeige
Geschäftsstelle Nr. 203.
Verlag Nr. 207.
Schriftleitung Nr. 204-204

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verlags- und Geschäftsstelle: Mittelstraße 1.
Verlag: C. R. Müller & Co. Druck- und Verlagsanstalt für Baden, Württemberg und Elsaß-Lothringen. Druck: C. R. Müller & Co. Druck- und Verlagsanstalt für Baden, Württemberg und Elsaß-Lothringen. Druck: C. R. Müller & Co. Druck- und Verlagsanstalt für Baden, Württemberg und Elsaß-Lothringen.

116. Jahrg. Montag, den 10. November 1919 Nr. 312.

Bernstorff und Lichnowski, ein Diosturenpaar.

Von Prof. Arthur Böhmler.
Für unsere Reichsregierung bei Ausbruch des Krieges ist nichts verhängnisvoller gewesen, als ihr Glaube an die endliche Friedenspolitik, wie sie die Wilson und Grew zur Schau trugen. Die Aufschaffung von Wilson als „Entente cordiale“ mit diesem, die Verständigung mit Frankreich, das Bundesgenossen des veränderten Frankreich, das Einverständnis aller drei mit Italien, dessen Eroberung von Tripolis, die die Preisgebung Konstantinopels an Russland zur Voraussetzung hatte, das Bündnis Englands mit Japan, selbst die Zusammenziehung der englischen Flotte in der Nordsee und deren Mobilisierung daselbst — nichts, aber auch nichts hat die Staatslenker an der Spitze in ihrem Wahne, eine „Entente cordiale“ mit England herbeizuführen zu können, zu erschüttern vermocht.

II-Bootsflotte beauftragten, weil sonst unsere westlichen II-Boote geliefert gewesen wären, wie sollte Wilson nicht hieraus einen Verzicht einlegen? Konnte man von ihm verlangen, daß er es darauf ankommen lasse, daß amerikanische Staatsanwältinnen auf einen, ohne Warnung und Anhalten topedierten Schiffe sein Leben lassen? Sollte Bernstorff selbst die Amerikaner, durch ihre Reaktionen, davor warnen, sich auf der „Lusitania“, dem riesenhaften englischen Dampfer, der seinen mit Kriegsmaterial aller Art angefüllten Bauch, schon mehr als einmal in einem englischen Hafen entladen hatte, einzuschiffen, zu erwidern er es doch für durchaus ausreichend, daß die Torpedieruna der „Lusitania“ die Amerikaner vollends in Darmisch brachte, daß Wilson dafür Rechenschaft forderte und sich nur dadurch vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen abbringen ließ, daß wir den unbefruchteten II-Bootsflotte abdrücken.

Für Bernstorff war es fortan ausgemacht, daß der verhängnisvolle II-Bootsflotte für Wilson unvermeidlich die Kriegsflotte bedeute. Dieser durfte daher seines Gracitens unter keinen Umständen wieder aufgenommen werden.
Daß wir schon im Mai 1916 unsere Friedensbereitschaft bekundeten, indem wir Wilson als Vermittler anriefen, und dieser bis in den Dezember hinein sich als solcher nicht reagierte, hat Bernstorff nicht weiter gefordert. Warum sollte Wilson, zumal er vor der Agitation für eine Wiederwahl stand, sich nicht Zeit nehmen? Als wir im Dezember am 12. Dezember 1916 unsere Bereitschaft zur Friedensbehandlung in denkbar feierlicher Weise verkündeten, ist dies Bernstorff nichts weniger als recht gewesen. Wir hätten dadurch Wilson in seiner beachtlichsten Friedensaktion behindert, fühlte er sich doch dadurch, daß wir ihm zuvor kamen, schwer verletzt! Was Wunder, daß er abermals volle sechs Wo-

chen verstreichen ließ, ohne sich als Vermittler zu zeigen! Am schließlich, am 22. Januar, in einer Vorkonferenz an den Kongress zu befehlen, daß die Entente-Mächte sich durch Bekanntgabe der Bedingungen, die sie Deutschland auferlegen wollten (welche Bedingungen sich im wesentlichen mit denen des Versailler Friedens deckten), um die Friedensabhandlung wohlverdient gemacht, während die Mittelmächte sich nur zur Friedensabhandlung bereit erklärt hätten, ohne ihre Bedingungen zu nennen! Wenn dies alles Bernstorff in seinem Glauben an Wilson als willkommene Basis für die Friedensabhandlung nicht erachtet hätte, so kamen Kaiser und Kanzler, so sehr sie überhaupt geneigt gemein waren, seine Vermittlung in Anspruch zu nehmen, zu dem Schluß, daß auf diese nachgerade nicht mehr zu rechnen sei. Sie mißtrauten daher (am 6. Januar 1917) dem dringenden Wunsch der Obersten Seereschiffahrt und des Admiralsstabes, den verhängnisvollen II-Bootskrieg wieder aufzunehmen, und dies, da sonst gegen den im Frühjahr zu erwartenden feindlichen Ansturm keine zureichende Gegenwehr vorhanden zu sein drohte, vom 1. Februar 1917 ab. Es war dies nur, was bei Einstellung desselben im Frühjahr 1916 in Aussicht gestellt worden war, falls es Wilson nicht gelinge, England dahin zu bringen, daß es auf die Benutzung neutraler Flaggen und die Benennung der Handelschiffe verzichte, was in jeder Weise erfolgt war.

Sozialdemokratie und Beamtenchaft.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:
In der gestrigen Jubiläumsnummer des „Vorwärts“ fordert ein besonderer Artikel zum Widerspruch heraus, der sich mit der Stellung der Beamtenchaft zu der Revolution beschäftigt. Mit Staunen vernimmt man da, in welcher unerträglichem Sclavenjoch die Beamten des kaiserlichen Deutschland geschmachtet haben, bis endlich der Triumph der Sozialdemokratie auch ihnen menschenwürdige Lebensbedingungen und moralisch politische Freiheit gegeben haben.

Der freie sein müsse und daß seine Pforten nicht länger einer Macht anvertraut werden dürften, die das in sie gesetzte Vertrauen enttäuschte und den Zugang auf Befehl Breukens für die Alliierten geschildert habe. Was die anderen auf die Türkei bezüglichen Fragen betrafte, so dürfte für die Aufstellung der Verantwortlichkeiten unter den Alliierten keine unüberwindliche Schwierigkeit bestehen.
Aber in England könne er aber nicht mit demselben Vertrauen sprechen. Wir können, trotz Lohb George, keinen Frieden haben, wenn in England kein Frieden ist. Und die Aussichten sind nicht günstig. Vor einer Woche haben die Aussichten auf eine solche Lösung bestanden. Heute wehe oder alles auf einen langen blutigen Kampf hin. Der Angriff auf Petersburg konnte nicht durchgeführt werden und Denikins Vormarsch auf Moskau sei vorläufig aufgehalten. Auch die letzten Nachrichten aus Omsk seien wenig beruhigend. Er glaube nicht, daß die bolschewistische Armee gegen Moskau erobert würde, da die Bayern dem Bolschewismus feindselig gegenüber ständen. Er habe bereits früher gesagt, daß der Bolschewismus nicht mit dem Schwerte unterdrückt werden könne, und daß man zur Wiederherstellung von Frieden und Ordnung in Russland zu anderen Mitteln greifen müsse. Er wüßte, daß diese Praxisregierung unrichtig gewesen wäre, denn die zivilisierte Welt könne ein solches Vorgehen nicht dulden.

Wir glauben, die Mehrheit der deutschen Beamten wird schon bei den nächsten Wahlen mit dem Stimmzettel in der Hand diese Auffassung der sozialdemokratischen Zentralorgane scharf strafen. Denn wenn auch die revolutionäre Regierung besonders den zahlreicheren unteren und mittleren Beamten mit Gehaltszulagen, Jugendkredit des Koalitionsrechtes sehr viel mehr entgegenkommen ist, als das früher gescheh, so doch nur deshalb, weil die Geldentwertung das erstere unumgänglich notwendig machte und die Valutaentwertung und die Notendrucke so wie so keine Pause machen. Dem gegenüber steht aber die Tatsache, daß ihre wirtschaftliche soziale Gesamtstellung gegenüber den Massen der Arbeiter, gerade auch der ungelerten Arbeiter, nicht gestiegen, sondern gesunken ist.

Wenn man von Russland absieht, so seien die Aussichten heute gut. Man könne nicht erwarten, in einem einzigen Jahre zu normalen Zuständen zurückzuführen. Zwei Dinge seien notwendig: Arbeit und Vertrauen! Lohb George sprach dann von der Notwendigkeit in der Lage Englands im Verhältnis zu anderen Ländern und sagte: Auf Englands Seite sei eine bewundernswürdige Erholung erfolgt. Die Arbeiterkategorien hätten zwar noch nicht aufgehört, seien aber weniger groß als früher, und das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit habe sich verbessert. Er vertraue darauf, daß das britische Volk das zweite Friedensjahr mit neuen Hoffnungen beginnen werde, da es erwarte, daß England, wenn es sich dieser Aufgabe mit Hingabe widmet, nicht nur den Schaden, den der große Krieg angerichtet habe, wieder gutmachen werde, sondern auch in eine Periode des Gedeihens eintreten werde wie es nie zuvor gesamt habe. (Beifall.)

Die Beamtenorganisationen können diese Verschlechterung höchstens aufhalten, nicht aber ändern, und sehr viele, besonders ältere Beamte aller Kategorien haben auch bereits erkannt, daß die Koalitionsfreiheit den Zweckplatz für ehrgeizige, politische, im Sinne der neuen Regierung gesinnungstüchtige, Streber liefert. Dann aber noch eins: Die herrschende Sozialdemokratie muß heute zugestehen, daß die notwendige Aufrechterhaltung der Ordnung, Verwaltung und des Verkehrs nach dem 9. November nur durch die unpolitische Arbeit der alten Beamtenchaft möglich gewesen ist, die dann freilich zum Teil immer mehr durch die Politisierung im sozialistischen Sinne berumpelt wurde.
Diese Entwicklung hat dem Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens zurecht wahrlich nicht genügt und dadurch auch die Beamtenchaft selbst unter der traurigen Verschlechterung aller Daseinsbedingungen mitleiden lassen. Es gehört also eine ausgesprochene parteiübergreifende Einseitigkeit dazu, behaupten zu wollen, daß durch die sozialistische Republik Wert und Stellung der Beamten im Vergleich zu jener im alten Deutschland wesentlich verbessert worden sei. Mag früher auch gewiß eine richtige Bewertung der großen Verdienste der Beamten oft gefehlt haben, die jetzige Verkümmern der besonderen Traditionen, der Tüchtigkeit und ihre Gleichstellung, das heißt in Wirklichkeit Schlechterstellung gegenüber den Massen geleistet und ungelerten Arbeiter kann weder die Befriedigung der Beamten erhöhen, noch ihre Leistungen für die Allgemeinheit fruchtbar machen.

Internationale Wirtschaftskonferenz in London.

5. Samstag, 10. Nov. Der Bankier Max Baugha hat an die Konferenz einen Bericht über die Notwendigkeit der Wiederaufstellung des deutschen Kredits gerichtet, worin er zum Gegenstand einer den Reparations-Gründung garantierten Anleihe vorgeschlagen hat. Er hat sich abgemüht, daß alle Länder an demselben teilnehmen und daß schon vorher durch eine internationale Konferenz die Schuld, die gemacht sind, und Schulden, die noch gemacht werden, registriert werden. Der Finanzdienst dieser Anleihe müßte in allen Ländern an erster Stelle vor allen anderen Ausgaben rangieren.

Der König von England an seine Völler.

Amsterdam, 10. Nov. Das Reutersche Büro meldet aus London, daß der König von England ein Schreiben an alle seine Völler richtete, worin er sie aufforderte, am 11. November, 11 Uhr morgens, der Stunde, in der der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, alle Wohnorte, Täler, alle Arbeit, jeden Laut, alle Bewegung, jedes Geschäft und Betätigung zwei Minuten lang einzustellen. In Erinnerung der großen Befreiung von Weltschmerz und zur ehrenden Erinnerung an die ruhmreichen Toten. Der Minister des Innern teilte mit, daß Maßnahmen getroffen wurden, um alle Anwohner anzuhalten. Die Polizei wird jeden Verkehr auf der Straße anhalten.

Ein neuer König für Ungarn?

Paris, 10. Nov. (Woff.) Die „Daily Mail“ meldet, daß die Proklamierung des Kaisers Otto, des 7-jährigen Sohnes des früheren Kaisers Karl, zum König von Ungarn unmittelbar bevorstehe.

Die Wirtschaftslage in Nordböhmen.

Prag, 10. Nov. (Woff.) Nach Berichten aus Nordböhmen wurden viele Geschäften infolge Kohlenmangels stillgelegt.

Der Friede für Rumänien.

Berlin, 10. Nov. (Woff.) Nach einer Mitteilung aus Bukarest ist das Kabinett des Generals Baitoncu zurückgetreten. Die Note des Baitoncu habe auf Seiten der Siebenbürgen Vertreter der dortigen Schwierigkeiten hervorgerufen, daß General Baitoncu nicht weiter amtierende Wante. Dr. C. I. Ionescu und Manu seien nach Cinnia abgereist, um mit dem König über die Lage zu verhandeln.

Lloyd George über Englands Außenpolitik.

Amsterdam, 10. Nov. (Woff.) Wie das Reutersche Büro meldet, sprach der Lord Mayor von London auf dem letzten abendlichen Abendessen in der Guildhall die Hoffnung aus, daß der Völlerbund das Mittel zur Erreichung eines dauernden Friedens werde.

Der Premierminister Lloyd George, der mit lebhaftem Beifall empfangen wurde, sagte: Die Schreckensherrschafft, die während einem halben Jahrhunderts ihre Schatten über Europa geworfen hat, sei vorüber. Aber es bleiben immer noch Gefahren. Es seien noch verschiedene Probleme zu lösen. Das erste betreffe die Völler. Er hoffe trotz aller Schwierigkeiten, daß eine Lösung gefunden werde, die den Interessen des italienischen Bundesgenossen gerecht werde. Er sei aber andererseits der Ansicht, daß den Nationalitäten, die sich vom österreichischen Joch losmachen, vor allem den Italienern, Gerechtigkeit widerfahren solle.
Ueber die wichtigsten Grundzüge für eine Reorganisation in der Türkei besahe unter den Alliierten vollständige Uebereinstimmung. Alle seien davon überzeugt, daß die Türkei die von Griechen, Arabern und Amerikanern besetzten Gebiete selbst verwalten habe und daß dem ein Ende gemacht werden müsse. Man habe sich dahin geeinigt, daß der Sultan an dem Schwarzen Meere für alle Völler

Als Bernstorff Auftrag erhielt, Wilson von dieser Entscheidung, kurz vor dem 1. Februar, Mitteilung zu machen, hatte dieser wieder einmal, die Mächte angenommen, als wolle er sich ernstlich ins Mittel legen. Bernstorff behauptet daher die Reichsregierung, von dem Entschlusse abzugehen und ihm die fatale Mitteilung zu erparieren. Genau wie seinerzeit Lichnowski, da er gemeint hatte, Grew wolle auf die Neutralität Englands eingehen. In Berlin war man auch jetzt wieder alsbald bereit, die Friedenshand erneut entgegen zu fassen. Dem Wunsch von Bernstorff entsprechend, wurden nunmehr allen entgegen stehenden Bedenken ungeachtet Wilson die deutschen Friedensbedingungen unter der Hand mitgeteilt. Diese waren so wichtig, daß Lansing, der Staatssekretär für das Innere, es vorgezogen, damit der Abstand zwischen ihnen und den Forderungen der Entente kein allzu großer, unüberbrückbarer sei, hätte man weit mehr fordern sollen, als man sich auf halbem Wege begnügen konnte, so würde die Weichenstellung der deutschen Forderungen, wie schon das Friedensangebot vom 12. Dezember, als Schwäche angesehen und so die Aktion des Präsidenten erschwert werden! Die sofortige Abstellung des verhängnisvollen II-Bootskrieges war unmöglich, indem die II-Boote mit entsprechender Instruktion schon unterwegs waren und nicht mehr rechtzeitig erreicht werden konnten. In des wurde die Einstellung des verhängnisvollen II-Bootskrieges in Aussicht gestellt, sobald man sich über die Grundlage des Friedens mit Wilson verständigt haben werde.

Der Reichsminister im Reichsamt des Reichsminister diese Mitteilungen und Vorläufe ihm unterbreitete, in die Brust: die Wiederannahme des verhängnisvollen II-Bootskrieges genügt ihm, um noch zur letzten Stunde die diplomatischen Beziehungen abbrechen, und damit die Kriegserklärung anzuhalten. Stiermt nicht genug, er sich die deutsche Regierung, als sei sie kein alter oger, der Doppelzüngigkeit und des Wortbruchs. Daß Bernstorff auch nur hiergegen zureichend Front gemacht hat ist nicht erkennbar, davon haben wir bisher nichts bemerkt.

Dieser Tatbestand, auf Grund dessen Bernstorff nach heute vorläufig, Wilson als den erblühenden Friedenshelfer zu feiern und die Reichsregierung zu beschuldigen, durch ihr Ungehörig und ihre Maßnahmen dessen zu ermüden, dem Wilson hintertrieben zu haben! Alles das, um nicht eingezugehen, daß er sich von Wilson ebenso hat befreien lassen, wie Lichnowski von Grew. Und dies zur Stunde, da die Entente-Mächte, mit Wilson an der Spitze, nicht davon ablassen, Deutschland bis in den Tod hinein für den Weltkrieg zur Verantwortung zu ziehen. Auch darin, daß er die Lobpreisung bei dieser ihrer Sentimentsarbeit unterstützt, Lichnowski nur zu ähnlich.

Selbst Helfferich, der so entschieden dagegen gewesen ist, daß der verhängnisvolle II-Bootskrieg wieder aufgenommen werde, der es als die schwerste Entscheidung seines Lebens bezeichnet, daß er trotzdem als Staatssekretär im Amt verbleibe kommt zu dem Ergebnis, daß der II-Bootskrieg für die Haltung Wilsons, und damit Americas, nicht ausblühend gewesen ist. „Ich halte es für ausgeschlossen“, heißt es am Schluß seines zweiten Bandes, „daß die von Wilson gegen Ende Januar 1917 ins Auge gefaßte neue Friedenspolitik zu einem für uns annehmbaren Frieden hätte führen können. Nur wenn der Präsident Wilson bereit gewesen wäre, mit dem ganzen Schweregewicht der amerikanischen Macht auf die Entente-Mächte zu drücken, um sie zu einer völligen Sinnesänderung zu zwingen, und nur wenn er bei einem solchen Vorgehen die Unterstützung des amerikanischen Volkes und seiner Vertretung gefunden hätte, wäre Aussicht gemein, zum Frieden zu kommen, dazu war aber Wilson, der in seiner Senatsschicht vom 22. Januar 1917 die überhöhten Kriegsziele der Entente als diskutabel behandelte, ganz offensichtlich nicht bereit, eben so wenig Grew und Konrad der Vereinigten Staaten.“ — Es ist also auf der einen Seite so gut wie ausgeschlossen, daß der Präsident Wilson, auch wenn wir damals den uneingeschränkten II-Bootskrieg nicht gemacht hätten, der Welt den Frieden gebracht hätte. Auf der anderen Seite ist es nicht völlig ausgeschlossen, daß gerade aus der Fortsetzung der Wilsonschen Friedensaktion der Krieg zwischen Amerika und Deutschland entstanden wäre. Doch Bernstorff sich dieser Einsicht verschließen hat und heute noch behauptet, daß Helfferich nur daraus zu erklären, daß er während seiner Jahre von der Heimat so gut wie abgemittelt, der ihm in Washington gewordenen Suggestoren erlegen ist.

Dem sei wie ihm wolle. Schmerzener Schaden als Bernstorff und Lichnowski, die beiden Vorkämpfer an entscheidender Stelle, hat unser deutsches Volk seinerzeit zugefügt. Nicht genug damit, daß sie sich zu haben befreiten lassen — durch ihr blühendes „Reignis“ haben sie dem Feinde die denkbar höchste Waffe in die Hand gegeben!

Die Pyramide
Nr. 45
Die Pyramide

Die neue Phase des Fiume-Problems.

(Von unserem Korrespondenten.)

ab. Rom, 30. Oktober.

Zweifellos ist die Fiume-Frage durch die hitzigen Kämpfe etwas niedergedrückt worden, und man hätte sich mit dem Minimalprogramm der Vorschläge Litosius hütenden Verzicht auf Frieden gegeben. Aber Wilson ist wieder aufgefunden mit seiner Antipathie gegen Italien, die auch dem letzten Kompromißvertrag Litosius keinen Erfolg zu gönnen scheint. Der Ministerpräsident in Rom hat, wie berichtet wird, bereits über die sich aus einer solchen Ablehnung ergebenden Stellung Italiens zur Friedenskonferenz in Paris verhandelt, und die angelegentlichste Rückkehr Litosius läßt keine Zweifel mehr über den negativen Ausgang seiner Mission. Das italienische Volk fühlt sich aufs tiefste beleidigt durch die Art, wie es von den Verbündeten behandelt wird. Man hält ihnen vor, daß Italien zu Hilfe eilte, als die Entente die eiserne Faust Hindenburgs gerade am schwersten zu fühlen hatte. Nitti, in der „Tribuna“ entwirft ein Bild der Verächtlichkeit Wilsons, das an Sarcasmus nichts zu wünschen übrig läßt. Er fordert Frankreich und England auf, ihre Zustimmung zu den Aspirationen Italiens in anderer Weise zu bezeugen als durch amnitiöse Worte und amnitiöse Grenzverschiebungen. Denn trotz aller rührenden Reden, mit denen besonders in letzter Zeit die französische Presse und auch der neue englische Botschafter, Buchanan, Italien abspähen suchten, hat sich in die Seele des italienischen Volkes schwer verankertes Mißtrauen gegen die beiden Verbündeten eingestellt. Ist es doch nicht nur die unter dem Diktat Wilsons stehende Fiume-Frage, sondern das ganze Orientproblem, das Anlaß zu Unzufriedenheiten gibt. Und namentlich Frankreich dürfte bald bemerken müssen, daß die italienische Nation zu realpolitisch geworden ist, um noch weiterhin auf die bloße „Gentilezza“ der Schwelmeration einzugehen. Immerhin gibt es noch Stimmen, die nun von der Rückführung des Fiume-Problems aus Washington nach Paris eine einigermaßen günstige Lösung erwarten. Wilson, so meinen sie, kann auf der Friedenskonferenz die italienischen Vorschläge ablehnen, aber Italien braucht die Gegenvorschläge nicht anzunehmen.

Theoretisch ist die Sachlage gegenwärtig ansehender die: Litosius unterbreitete der Friedenskonferenz das Minimalprogramm für Fiume. Es wurde von Wilson abgelehnt. Inzwischen kam die Annahme des Minimalprogramms, das in der Angelegenheit Fiume an Italien mit Freiheiten besteuert, zur Friedenskonferenz, der es nach „Clair“ von Clemenceau selbst vorgelegt werden sollte. Die Klüft zwischen diesen Nachrichten ist so groß, daß tatsächlich in Italien niemand mehr an eine absehbare oder gar befriedigende Lösungsmöglichkeit glaubt. Die öffentliche Meinung konzentriert sich daher die tatsächliche Lage so: keine italienische Regierung wird es wagen, das Lebensrecht einer großen Nation durch weitere Zugeständnisse unter die Füße zu treten. D'Annunzio aber hat in Fiume eine den gerechten Forderungen entsprechende Sachlage geschaffen, hinter der das italienische Volk geschlossen steht. Die Regierung kann nicht mehr oder weniger tun, als dieser Sachlage Geltung zu verschaffen. Wenn Amerika die italienischen Vorschläge verwirft, so braucht Italien andererseits andere Vorschläge nicht anzunehmen. Inzwischen bleiben, wie „Giornale d'Italia“ droht, die Klaukeln des Waffenstillstandes in Kraft, die Italien das Recht verleiht, vor einstimmigen Friedensschluß mehr als Fiume zu erobern und in Schanden zu behalten. Nicht einmal die Hungerblöcke dürfte Amerika anwenden, weil Italien kein Schänder ist und ihm bei weiteren Störungen seiner Produktionskraft nichts anfallen könnte. Aus der Sprache der italienischen Zeitungen geht ebenfalls deutlich hervor, daß Italien die Abkehr seiner Verbündeten kennt und keinesfalls geneigt ist, nachzugeben. Bei der immer mehr sich bildenden Geschlossenheit der öffentlichen Meinung gegenüber der Fiume-Frage vermag die Verwickelung dieser Angelegenheit keine Gefahren im anderen Lager herauszubekommen als in Italien selbst. Auch die Angriffe gegen Litosius Nachgiebigkeit haben aufgehört und einem verächtlichen Spott gegen Wilson Platz gemacht. Der Fall Fiume besitzt heute nicht mehr in dem Maße wie noch vor einigen Wochen die verhängnisvolle Kraft der Rückwirkung auf die innere Spaltung des Landes, wohl aber werden seine Folgen immer mehr auf eine Klärung der Stellung Italiens zu seinen Verbündeten hinausgehen.

Klauer Zusammenstoß in Fiume.

Fiume, 10. Nov. (Wiener Korr.-Bureau.) An herannahenden Mittwoch ist es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen italienischen Reservetruppen und Annunzio-Truppen gekommen, der mehrere Opfer gefordert hat.

Unverbürgtes über Friedensmöglichkeiten.

Bern, 9. Nov. (Wolff.) In der „Neuen Zürcher Zeitung“ werden von einem Deutschen neue Beiträge und Tatsachen über die Friedensmöglichkeiten im Jahre 1917 veröffentlicht. Danach fanden im englischen Ministerium im September 1917 ernste Beratungen statt, ob nicht in unauffälliger und unerbittlicher Weise versucht werden könne, den Gegner zu veranlassen seine Friedensziele schrittweise bekanntzugeben, und die Möglichkeit zu erörtern, vielleicht eine feste Grundlage für die Friedensverhandlungen zu finden. Alle Minister, bis auf Lloyd George, waren für einen solchen Schritt, wozu ein früherer hoher Staatsbeamter, der mit leitenden Männern noch immer freundschaftliche Beziehungen unterhält und keineswegs als Gegner Deutschlands galt, mit einem langjährigen intimen Freund deutscher Abstammung, der sich früher lange in England aufgehalten hatte und nun in einem neutralen Lande weilte, Hülfe nahm. Im September 1917 bittete der englische Unterhändler seinen deutschen Freunde ein ausführliches Gespräch über den englischen Standpunkt und die englischen Bedingungen für die Friedensverhandlungen mit Deutschland. Der wesentliche Inhalt des hochwichtigen Aktenstückes, das sofort nach Berlin weitergeleitet wurde, war der folgende:

Im gegenwärtigen Konflikt zwischen Deutschland und England haben die Verlangen der Monarchen keine ausgleichende Rolle gespielt. Der eigentliche und tiefste Grund des Zwistes liegt in der Frage der Seeherrschaft und in maritimen Angelegenheiten. Alle englischen Staatsmänner ohne Ausnahme sind von dem Gedanken durchdrungen, daß England seine Seeherrschaft unter allen Umständen aufrecht erhalten müsse. Nachdem sich nun das Kräfteverhältnis zur See immer mehr zu Ungunsten Englands verschoben hat und auch die allgemeine Bewußtsein durch eingeführt werden müssen, und da ferner die gewaltige englische Flotte nutzlos in den Häfen liegt, verlangt die öffentliche Meinung energig die unbedingte maritime Abstraktion des Gegners. Deutschland muß sich bereit erklären, seine größere Flotte zu verwerfen, als zum Schutz seiner Kolonien gegen Seemächte zweiten Ranges nötig ist. Ferner muß Deutschland zwischen dem in Zukunft deutsche Waren im Ausland nicht billiger verkauft werden als in Deutschland selbst. Belgien ist in jeder Hinsicht zu entschädigen. Nicht nur die

diesem Lande selbst und seiner Bevölkerung verursachten Schäden müssen vergütet, sondern auch der ganze Kriegsaufwand muß von Deutschland bestritten werden. Kuremburg wird Belgien angeschlossen. Rußland behält seine alten Grenzen vom 1. 8. 1914. Serbien erhält unter allen Umständen einen Zugang zum Meer. Die Abgrenzung der Balkanländer wird durch die Herrschaft der sogenannten Italiens werden die Forderungen vom 1. Mai 1915 aufgehoben. Esch-Verträge soll vom Deutschen Reiches völlig losgelöst und als autonom Staat erklärt werden. Nach einem gewissen Zeitpunkt soll die Bevölkerung selbst darüber entscheiden, ob sie im Zustand der Autonomie verbleiben oder sich an Frankreich oder Deutschland anschließen will. Falls Esch-Verträge sich für völligen Anschluß an Frankreich entscheiden, wird Deutschland auf kolonialen Gebiet entschädigt. Abgeben von Belgien werden keinerlei Kriegsschuldungen gewährt. Die deutschen Kolonien werden an Deutschland zurückgegeben unter der Verpflichtung, daß auf die weitere Erwerbung von Kolonifikationen und Marinestützpunkten verzichtet wird.

Die kriegführenden Mächte vereinigen sich zu einem Völkerbund auf folgender Grundlage: Die Friedensvorsitzende der betreffenden Armeen darf einhalb Prozent der Bevölkerung nicht übersteigen. England ist in Bezug auf seine Marine an diese Beschränkung nicht gebunden. Es wird ein obligatorisches Schiedsgericht für alle internationalen Streitigkeiten ohne jede Ausnahme gebildet. Die neutralen Völker werden aufgefordert, aber nicht gezwungen, dem Völkerbunde beizutreten. Die Mitglieder des Völkerbundes schließen miteinander Handelsverträge nach dem Ritus der Weltbündnisse ab. Die Staaten mit monarchischer Verfassung innerhalb des Völkerbundes müssen streng demokratischen Grundgesetzen regiert werden. In jedem Staat bilden direkt vom Volke gewählte Vertretungen und Körperlichkeiten die höchste und entscheidende Behörde. Der Völkerbund ist nicht auf Souverän, sondern auf die Verfassung zu leisten.

Aber die Aufnahme dieses Friedens- oder Verhandlungsangebot liegen vertriebene Nachrichten nicht vor. Von durchaus vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt, daß Wilhelm II. in alle Bedingungen, wenn auch widerstrebend, sich gefügt, dagegen die Entscheidung bezüglich Esch-Vertrages in der schärfsten und bestigsten Form zurückgewiesen habe.

Internationale Arbeiterkonferenz.

Anaboli, 10. Nov. (Nuntius.) Die Arbeiterdelegationen bringen in einer Erklärungschrift den Abschluß der in der ersten Sitzung der Industriellen und Handel, das Inkrafttreten der Konvention im Juli 1920, Sonderkonferenzen für Seeleute und die Landarbeiter und empfehlen allen Regierungen die Annahme der 44 S. und unternehmen mit dem halben Feiern am Sonntag. Es stehen im Anstalle 70 Überstunden im Jahre zu in Saisonbetrieben und zwar mit einer erhöhten Bezahlung von 50 % im Gegenstand zum Organisationsausschuß, der 150 Überstunden zu einer erhöhten Bezahlung von 125 % für die Industrie mit üblicher Arbeitszunahme und solche Industrien, in denen die Verwendung der Arbeiter nicht so leicht werde, vorgeschlagen hatte. Sie lebten ferner die 150 Überstunden für die Folgezeit ab, die für andere Industrien vorgeschlagen waren.

Joubert erklärte dazu, daß der Arbeiter nicht länger mehr mit Verbrechen bestraft werden könne. Er behauptet, die Wissenschaft habe bewiesen, daß der Mensch die Produktion fördere. Kom Shaw, der diesen Entwurf unterstützte, sagte, dies sei ein Schritt weiter, das frühere tragische Los der Arbeiter zu befreien. Der französische Arbeiterverband erklärte, daß die Zeit nicht geeignet sei, die Arbeitssumme herabzusetzen. Es sei unkonform, den Arbeitstag gesetzlich festzulegen, auch würde dies für die Produktivität verhängnisvoll werden. Es würden zwei Ausnahmen als Saisonbetriebe notwendig werden. Guerin verlas einen Bericht der französischen Arbeiter, worin ausgeführt wird, daß nur durch vermehrte Erzeugung und verminderten Verbrauch die Kriegsverluste wettgemacht werden könnten. Statt dessen sei die Produktion ebenso wie die Arbeitszeit um 20 % vermindert worden. Thomas Marshall, Vizepräsident der Vereinigten Staaten, sagte in seiner Ansprache in der Konferenz etwa folgendes: Behaupten Sie dieses Problem mit aller Ruhe. Jeder Arbeitgeber möge sich in die Lage der Arbeiter versetzen, die radikalen wie die konservativen. Möge jeder in gleicher Weise seine Ansicht äußern. Sodann möge eine friedfertige Einigung zustandekommen.

Die deutsche Republik.

Eine Rede Dr. Preuß.

(Eigener Drahtbericht.)

h. Berlin, 10. Nov. Der frühere demokratische Minister Professor Dr. Preuß hielt gestern eine Rede, in der er besonders das Verhalten der Reichsparteien behandelte. Innerschärflich findet, so sagt er, ein gewisser Mitleid nach Rechts statt. Das Volk verhält sich wie ein kranker Mann, der sich von der einen Seite auf die andere wirft. Es ist die Aufgabe der jetzigen Regierung, dem Volke Klarheit zu machen, welche Folgen die Reaktion haben würde. Angenommen die Reichstagswahlen würden eine Mehrheit der Reichsparteien ergeben, so würde das bedeuten: Fortschritt der ickischen Regierung. Vereinnahmung der Sozialisten und Kommunisten, Generalstreik und Bürgerkrieg. Einmalig der Entente in unser Land. Die Demokratie müsse an ihrem besonderen Charakter festhalten. Der 9. November werde nie als ein Tag der Freude gelten, da es kein Datum des Abschlusses der Verfassung gefeiert werden. Gelinae es dem demokratischen Gedenken, sich zu behaupten, so werde dieser Tag die Grundlage des Wiederaufbaues bilden.

Der Segen der Reichspartei.

Infolge der Reichspartei ist nach Meldungen aus Essen die Brennstoffzufuhr aus dem Ruhrgebiet ansehnlich gestiegen. So wurden von den Reden 18 044 Waggons angefordert. Von diesen fehlen nur 585 Waggons. Bereits zurückgeliefert wurden 16 106 Waggons.

Die Gemeinderufen in Oberhessen

haben einen durchaus ruhigen Verlauf genommen. Auch von den Wahlen in Niederhessen werden keine Zwischenfälle gemeldet.

*

Ablehnung des Lohntarifs der Werftarbeiter.

Kiel, 10. Nov. (Wolff.) Das Gesamtergebnis der Abstimmung auf den deutschen Seefahrtsverträgen über den neuen Lohn tarif, sowie die Wiedereinführung der Arbeitsscheine gegen den Tarif. Damit hat der neue Lohn tarif eine allgemeine Ablehnung erfahren.

Der Jahrestag der Revolution.

In Karlsruhe.

verließ der geistige Tag, der auch hier mit Spannung erwartet worden war, ruhig. Die Stadt hatte im allgemeinen ihr gewohntes Aussehen und nichts deutete auf die gewaltige Umwälzung hin, die sich ein Jahr vorher auf der uns vollzogen hat. Das Bürgerium sah von jeder äußeren Veranstaltung ab. Nicht so die beiden sozialdemokratischen Parteien, die ihre Anhänger an diesem Tage um ihre Bahnen versammelten.

Am Samstag abend veranstaltete der Bildungsausschuß der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Karlsruhe in verschiedenen Teilen der Stadt Gedächtnisfeiern für die Opfer der Revolution. Am Sonntag, vormittags 10 Uhr, berief diese Partei eine öffentliche Volksversammlung in den Hofsaal — der knapp voll war — ein, nicht, wie es in ihrem Organ hieß, um den Revolutionsstag zu feiern, sondern um der Opfer der Revolution zu gedenken. Auf diesen Grundgedanken war auch die Rede des Landesvorsitzenden der Partei, Landtagsabgeordneter Kruse, eingeleitet. Einleitend teilte er mit, daß ursprünglich beabsichtigt war, den Berliner Er-Revolutionären Gedenktag der vielen Bannern von seiner früheren Tätigkeit als Landtagsabgeordneter und Führer der Sozialdemokratischen Partei in Potsdam noch in Erinnerung zu rufen, wegen der augenblicklichen Verriegelung aber nicht hierher zu bekommen war; dafür werde er aber in nicht allzu ferner Zeit in Karlsruhe in einer öffentlichen Versammlung zu Worte kommen, das Ergebnis der einjährigen Revolution meinte Kruse, sei eine Seite von Weiden und geöffneten Protesten. In erster Linie dominierte er dem am Freitag in Berlin an den Folgen des gegen ihn verübten Anschlags gestorbenen Dr. Hugo Haase, der ebenfalls zu den Opfern der Revolution zu rechnen sei, einen nahezu einhalbjährigen Nachruf; mit Haase habe das geistige deutsche Volk einen seiner besten Führer verloren, um den zu trauern auch die internationalen Sozialdemokraten alle Veranlassung habe. Dann gedachte er Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und meinte, an des letzteren Tod sei auch die Regierung bis zu einem gewissen Grad mitschuldig, weil sie ihn nicht gegen die Blutmonarchie geheimer Offiziere und Soldaten geschützt habe. Mit der gegenwärtigen Regierung, namentlich mit dem mehrheitssozialdemokratischen Ministeriumskollegium habe er nicht zufrieden, denn, so sagte er, wir leben in einer Zeit der allerwertigsten Reaktion; in verschiedenen Gegenden vertrieben Belagerungszustand, Standrecht, in vielen Orten werde ein direkter Terror ausgeübt, Zettlungen werden verurteilt usw. Die Regierung sei nicht nur auf einer schiefen Ebene angelangt, sondern habe mitten im Sturz zu liegen. Die Arbeiterpartei müsse geradezu blühen sein, wenn die folgenden Wahlen bei den Wahlen zum ersten Reichstag im nächsten Frühjahr abgehalten werden könnten. Aber nicht nur politisch sei diese Regierung reaktionär, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht habe sie nichts zuwege gebracht, denn Hunger und Scheißhandel blühten nach wie vor. Wenn sie gegen diese Parasiten am deutschen Volkstempel mit der gleichen Energie vorgehen würde, die sie gegen Unabhängige, Kommunisten und Sozialisten enthalte, dann würde es besser um die Ernährung der Bevölkerung. Man sollte jeden Scheißer, den man erwische, ins Zuchthaus stecken, allein davon habe man bei der Regierung nichts gesehen, im Gegenteil. Reichsweyhermeyer hat Kruse bezeichnet, der Redner als den Vorgänger der Unabhängigen so viele Seiten in die Höhe lage, daß sie mit dem Ablesen nicht mehr fertig werden. Kruse's Rede folgte eine kurze Ansprache, in der ein Kommunist erklärte, auch die Unabhängigen hätten einen großen Teil der Schuld auf sich geladen; ihre Politik sei unklar, schwankend und unsicher; ihre ablehnende Haltung gegenüber Sowjet-Rußland sei der schwerste Verstoß an der Arbeiterpartei, sie müßten überhaupt nicht, was sie wollten. Dieser Redner erzielte mit seinen Darlegungen ziemlich starken Beifall, aus dem geschlossen werden kann, daß die Kommunisten in der Bevölkerung ziemlich stark vertreten waren. Ein zweiter kommunistischer Redner forcierte die Arbeiterpartei zur Einigung auf. Nach einem Schlusswort Kruse wurde die Versammlung, die einen vollkommen ruhigen Verlauf nahm, geschlossen.

Am Sonntag war die von der Sozialdemokratischen Partei nachmittags im großen Hofsaal veranstaltete Feier; es hatten sich dazu an die 3000 Personen eingefunden. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Rede des Mitglieds der Nationalversammlung Schöpplin, leitender Redakteur des „Volkstempels“. Wenn man ihn reden hört, kann man verstehen, warum er bei den Unabhängigen so beliebt und geschätzt ist. Ein glänzender Redner im Sinne des Diktators, der sich um jedes nahezu unzugängliche Abwechslung, seine enervierende nicht fremde geworden ist, vertritt er es, seine Überzeugung auf seine Zuhörer zu übertragen. Der von seinen Parteifreunden ihn einmal gehört hat, wird ihn sehr magisch und gerne wieder hören wollen. In objektiver Weise gab er in seiner geistigen Rede einen Rückblick über die Ereignisse im Innern des Deutschen Reiches seit dem 9. November 1918. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß es ihm ernst ist, mit der Partei an dem Wiederaufbau unseres Staatswesens. Soils ist er darauf, daß es trotz vertriebenen sehr starker Gegenströmungen in dieser Richtung schwerer Zeit gelungen ist, das Deutsche Reich zusammen zu halten. Offen gab er zu, daß Revolution und Zusammenbruch und was weiter in vergangenen Jahren geschehen ist, zu neuen Verfassungen des deutschen Volkes große Einwirkung ausgeübt haben. Es war eben, wie er betonte, nicht möglich, die Wünsche, die an die Revolution geknüpft waren, zu erfüllen, weil die Ausübung der Revolution nichts mehr da war. Der ängstlichen Sinn hielt er vor, daß sie den Männern, die sich an die schwere Arbeit des Wiederaufbaus machten, diese jetzt lauer gemacht haben. Sofort drang er auf die Verhinderung der Reaktion, denn von dieser Seite her drohe dem deutschen Volke großes Unheil und unter Umständen sogar nationales Unglück. Judentum und seinem Anhang solle man die Hohenrollen nicht zu sich vorziehen, denn ein zweites Mal würde mit ihnen nicht so gnädig verfahren wie vor Jahresfrist. Wenn sie vertrieben sollten, Deutschland zum zweiten Male ins Unheil zu führen, dann gebe er nur mehr ein Wort und Druck, aber keine Erlaubnis. Der Wagnis von uns nicht werden sich ausbilden, ferner werde die Sozialdemokratie dort werden; das Unheil von Rechts aber sei inoffiziell. Trotz allem Glauben, in dem wir stehen, hat Schöpplin die feste Überzeugung, daß wir wieder aus diesem herauskommen, wenn wir herauskommen wollen und dazu sei nötig: Ordnung, Arbeit und Willkürerfüllung. Die Arbeitslosigkeit sei groß, aber nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch in anderen Schichten des Volkes. Namentlich jetzt heiße es, fest zusammenzufassen, um gut über die nächsten Wochen hinwegzukommen. Werde das Deutsche Reich in eine neue Katastrophe hineingezogen, dann finde das Volk auf Jahre hinaus nichts mehr die Kraft, sich emporkzuschlagen. Heute gebe es nicht allein ein unter vertriebenes und unwillkürliches Leben, ein aus dem deutschen Volkes, sondern heute heiße es auch, um den Sozialismus durch die Revolution sei die Grundlage gelegt zum Aufstieg in politischer Beziehung; auf dieser Grundlage könne das Proletariat erfolgreich weiterbauen. Der Aufstieg sei aber nur möglich, wenn die Arbeiterpartei auch im Produktionsprozess zur

Geltung und zur Mitbestimmung komme. Die Rede schloß mit einem Hoch auf die Internationale. Der Vorsitzende der Karlsruher Sozialdemokratischen Partei Schwerdt gedachte in seiner Begrüßungsansprache des verstorbenen Abgeordneten Dr. Hugo Haase, dessen Andenken die Versammlung in der üblichen Weise ehrte. Umrahmt war die Feier von Vorträgen der Revolutions- und Arbeiterpartei (Vertreter: Wilhelm Giffels) und des Harmonie-Orchesters (Vertreter: Hugo Haase); ferner wirkten mit die Mitglieder des Landestheaters Bruno Schöpfung, der den Prolog am 9. November von dem Arbeiterdichter Karl Bröckler sprach und Goethes „Prometheus“ sowie Hermanns „Die heilige Allianz der Völker“ rezitierte, auch Engel und Hermann G., die das Duett von Massaniello und Pietro aus „Die Stimme von Vortici“ sangen, und Frau Clara Strub, die die Begleitung am Klavier übernommen hatte. Die Veranstaltung hinterließ bei den Teilnehmern einen nachhaltigen Eindruck.

In Berlin.

Berlin, 10. Nov. Bei mächtigem Schneesturm und etwa 4 Grad Kälte wurde heute der Jahrestag der deutschen Revolution in Berlin begangen. Die Mehrheitssozialisten hatten für ihre Anhänger in Berlin, sowie in den Kreisen Niederbarnim und Lohow um 10 Uhr vormittags in 47 Lokalen, davon 11 in Berlin, Versammlungen anberaumt, was führende Männer der Partei anwesend über das gemeinsame Thema: „Die Sozialdemokratie und die 9. November“ hielten. Die Unabhängigen Sozialdemokratische Partei führte in 45 Lokalen, davon ebenfalls 11 in Berlin, ihre Mitglieder zusammen. Auf der Tagesordnung stand hier das Thema: „Die Revolution und der 9. November“. Die Versammlungen nahmen bei mittelmäßigem Wetter einen ruhigen Verlauf und waren meist schon einer Stunde beendet. Es fanden keine Demonstrationen statt. Auf dem Friedhof der Sozialdemokraten wurden einige Kränze niedergestellt. Theatern, Gesellschaften, Musikanten und Schulen besondere Feierlichkeiten, wo Dr. David Schöpplin, Reich, Marie Juchacz, Heide Schreyer, Scheibemann, Hilke und andere Mitglieder der Partei Reden hielten. Den Vorträgen folgten musikalische Darbietungen. Am Laufe des Tages ergab sich nach bisher vorliegenden Meldungen keinerlei Aufregung.

h. Berlin, 10. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Der 9. November ist wie im Reich auch in Berlin im allgemeinen durchaus ruhig verlaufen. Einige Demonstrationen in der inneren Stadt wurden von den Sicherheitsmannschaften aufgelöst. In zahlreichen Volksversammlungen, die aber wegen des kalten Wetters nur schwach besucht waren, sprachen bekannte sozialistische Führer. Scheibemann unterstrich in seiner Rede die Einigkeit der verschiedenen Richtungen und meinte, daß zwischen den bürgerlichen Unabhängigen von der Reaktion, Sozialisten und Sozialdemokraten mehr bestehe. Die Hoffnung auf die Weltrevolution sei phantastisch. Gegenüber der Gefahr des Hungers, die mehr von rechts als von links droht, müsse sich das Proletariat, soweit es politisch aktiv sei, aufzusammeln. Die links davon stehenden seien meistens Elemente, die früher vor dem alten Regiment auf dem Parade trotzen seien, aber abseits der Hauptkampfmeile aller Radikalkämpfe lebend. Der hat erst den Weg zur Arbeiterpartei gefunden hätten. Aus den Ausführungen des Reichsministers Dr. David ist zu erhellen, daß er betonte, die Sozialdemokratie sei es gewesen, die das deutsche Volk aus der größten Gefahr errettet habe. Nach seiner Lebenserfahrung sei das Schwere bereits überstanden, es gebe auch mit der Produktion aufwärts. In einer theatralischen Szene in der es bei einer Rede Lebour's. Er ließ die Revolution in der rechten Hand erheben und schreien, daß sie der Weltrevolution in Deutschland und überall am Ende bereiten wolle. Die Versammlung erhob sich und sprach Lebour die Worte nach: „Gedulde es!“

Sehite Nachrichten.

Arbeiterverkehr auf den Staatsbahnen.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 10. Nov. An der Woche vom 10. bis 15. November werden die Personenzüge für den Arbeiter- und Angehörigenverkehr wie in der vergangenen Woche gefahren.

Einkauf der Käse in Ostpreußen und Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

h. Berlin, 10. Nov. An Ostpreußen ist der Thermometer bis auf 10 Grad unter Null gesunken. Die Schneedecke ist in manchen Stellen bereits 1/2 Meter hoch. Auch hier herrscht schon eine arcticische Kälte.

Eine Abstimmung über Richard Wagner.

Verailles, 9. Nov. (Wolff.) In Paris wurde am 8. November in einem Konzertsaal zum erstenmal wieder öffentlich Wagner gefeiert. Der Veranstalter des Konzertes hatte während der letzten drei Konzerte eine Abstimmung unter den Zuhörern veranstaltet, wobei sich 4955 für und gegen Wagner ausgesprochen hatten.

Explosion eines belgischen Munitionsdepots.

Verailles, 10. Nov. (Wolff.) Nach einem Telegramm aus Brüssel ist in der vergangenen Nacht ein Fort Diabolo bei Romur in Munitionsdépôt in die Luft geflogen. Von den 15 000 Kisten Munition, die das Depot bewahrte, sollen 10 000 zerstört sein.

Südamerikanische Staaten und Friedensfragen.

Verailles, 10. Nov. In American meidet Rio de Janeiro: Die Deputiertenkammer von Brasilien habe den Verfall der Vertrag ratifiziert. Ferner meidet sie aus Santiago de Chile, daß Chile für den Beitritt zum Differenzverfahren angeschlossen habe, jedoch mit dem Vorbehalt der Zustimmung bei einer künftigen Änderung des Statuts.

*

Kiel, 10. Nov. Bei der Bieker Torpedobootsrennen lieferte gestern früh 7 Uhr ein im Schicksal einer Dampfmaschine befindlicher Rutter, der von einem Matrosen und mehreren Mädchen, die von einem Landwehrmann begleitet wurden, besetzt war. Das überfüllte Boot schlug um. 15 Personen, darunter 7 Mädchen, fanden dabei den Tod.

Badische Politik.

Die Errichtung neuer etatsmäßiger Stellen an den höheren Schulen.

Die Landesvereinsräte badischer Lehrämtervereine...

Dem Vernehmen nach soll im Voranschlag des Unterrichtsministeriums für das Jahr 1920 von der...

Daum einige Zahlen: Am 1. Juli 1919 kamen in Baden auf 752 Pro-

Die verordnungsmäßige Besetzung, ist sehr häufig überhöht...

Wenn die Reichsämter nun wirklich das Verhältnis zwischen Professoren und Praktikanten auf die Zahl...

Reichs-Tumulterschädigungs-Gesetz.

Der Vorort des Badischen Landtags hat an die Deutsche Nationalversammlung in Berlin folgende Eingabe gerichtet:

Die Reichsämter hat die Nachricht gebracht, daß die mit der Ausarbeitung des Reichs-Tumulterschädigungsgesetzes beauftragte Kommission folgende Fassung des § 2 gewählt hat:

Ein Anspruch auf Entschädigung ist nur gegeben, wenn und inwieweit ohne eine solche nach den Umständen eine unbillige Entschädigung des Vorkommens des Verfalls eintritt...

Nachdem auf Grund der veröffentlichten Reden in der ersten Sitzung angenommen werden konnte, daß der erste Entwurf eine wesentliche Abänderung erfordern würde...

Die Landtagskommission Mannheim, als Vorort des Badischen Landtags, erhebt im Namen des gesamten badischen Landtags...

Die Mannheimer Bankangehörigen

befähigen sich in einer teilweise stürmisch verlaufenen Versammlung mit Gebärden...

Aus Baden.

Zum Wegfall der Druschprämien

Der Genossenschaftsverband Bad. Landwirtschaftlicher Vereinigungen Karlsruhe hielt im Wegfall der Druschprämien eine erste Gedächtnisversammlung...

Als Begründung wird angeführt, daß durch die diesjährige frühe Ernte, den fürchterlichen Mangel an...

Mannheim, 9. Nov.

In der Nacht zum Freitag sind durch einen Luftschlag sechs im Landesgerichtshaus untergebrachte Schwerverbrecher entwichen.

Heidelberg, 9. Nov.

Der Täter des in Eppelheim im verdrängten Schurzstr. 1231 f. noch nicht ermittelten Mordes wurde, als landwirtschaftliche Erzeugnisse mit einer aus einer Munitionsfabrik kommenden giftigen Flüssigkeit übergeben und unbrauchbar gemacht.

Freiburg, 9. Nov.

Der Schwarzwaldverein teilt mit, daß der Friedhof in Pfullen am 1. November d. J. im Entschlafenen einen Lieber- und Balladen-Abend...

Rastatt, 9. Nov.

Wegen Abgabe schwarzer geschlachten Fleisches sind hier fünf Geschäftler auf einige Tage geschlossen worden.

Aus dem Stadtkreise.

Der Jahresfest der Revolution, der hängischen Gemütern unter Umständen vielleicht etwas Günstigen bewirkt haben würde, verfiel nicht und ungeführt...

Zur Kraftstromversorgung schreibt man uns: Durch die Regenfälle der letzten Tage hat sich die Leistungsfähigkeit des Mürgers gehoben...

nächste Woche zwar die bisherige Einschränkung, die in der Hauptdiebstahl die Nacharbeit eines Teiles der Industrie trifft...

Die Gedächtnisfeier für die Gefallenen in der Lutherstraße nahm am Sonntagabend einen sehr feierlichen Verlauf...

Heiterer Hans Plum-Abend. Veranlaßt durch den großen Erfolg seines dritten Geisters Abends im Wintergarten...

Lieber- und Balladen-Abend Wolfgang v. Schwind. Der beliebte Sommerkünstler Wolfgang v. Schwind gibt noch fünfjähriger Internierung in Spanien am 11. November d. J. im Entschlafenen einen Lieber- und Balladen-Abend...

Altes Ritterspiel. Das die Darbietungen des Vereins sich über einen breiten Volkstümlichkeit erstrecken, bewies der überaus gute Besuch des Konzerts...

Belohnung. Der wegen Ermordung seiner Ehefrau flichtige Dachdeckermeister Jakob Diegel konnte bis jetzt nicht ermittelt werden...

Schlagerei. Am Samstagabend entstand in einem Tanzlokal der südlichen Kaiserstraße ein Streit, in dessen Verlauf ein Privatmann einen Soldaten mit dem Seitengewehr in die Schulter geschossen wurde...

Diebstahl. Ein vier Monate altes Kalb wurde in der Nacht vom 7. zum 8. ds. Mts. einem Schloßler im Stadtteil Rinkheim durch noch unbekannt Täter aus dem verschlossenen Stall entwendet...

Wegen Amtsanmaßung wurde der 23 Jahre alte verbeiratete Schreiner Wilhelm Binkels aus Eppingen, der als Schattellegerhelfe hier auf der Messe tätig war, verhaftet...

Verhaftet wurden: ein 20 Jahre alter Kaufmann aus Hanau und ein 21jähriger Goldschmied von Hanau wegen Betrugs, ein Landwirt aus Weiskirchen wegen Schleichhandels mit Salzbarren...

Sport - Turnen - Wandern - Reisen.

Ligaspieler.

Infolge der Verkehrsverhältnisse brachten die geführten Ligaspiele für die Karlsruher Sportvereine nur Beschränkungen lokaler Vereine...

K. F. V. unterlag auf eigenem Platz gegen Beierheimer Fußballverein mit 0 : 1 Toren. Beierheim hatte schon in der ersten Spielhälfte die Führung...

F. C. Freiburg gewann gegen Spielvereinigung mit dem hohen Resultat von 12 : 0 Toren.

F. C. Pforzheim fertigte seinen Lokalgegner, Ballspielklub, mit 6 : 1 Toren ab.

Stand der Ligaspiele: Freiburg führt mit 11 Punkten (Vorverhältnis 29 : 2), es folgt Pforzheim mit 8 Punkten (18 : 6)...

Advertisement for Rino-Salbe, a medicinal ointment for various ailments.

Advertisement for 'Ausgabestellen des Karlsruher Tagblatts' listing various subscription points in Baden, Bruchsal, Durlach, Pforzheim, and Rastatt.

Advertisement for Nigrin hair dye, featuring an illustration of a man carrying a ladder.

Advertisement for 'Erfindungen' (Inventions) listing various patents and technical solutions.

Advertisement for 'Siesparen Geld' (Save Money) featuring plush and garniture items from Daniels Confectionery.

Advertisement for a 6. Geld-Lotterie (Money Lottery) with a prize of 155,000 M.

Advertisement for 'Haarspangen' (Hairpins) and other hair accessories from H. Bieler.

Advertisement for 'Kabarett Kaffee Röderer' featuring a new cabaret performance.

Advertisement for 'Schweizerlets' (Swiss Lett) featuring a chocolate cake.

Advertisement for 'Schreib-Maschinen' (Typewriters) from Karl Hafner.

Advertisement for 'Karlsruher Mandolinengesellschaft' (Karlsruhe Mandolin Society).

Advertisement for 'J.O.O.F.' (Johann-Ober-Ober-Friedrich) featuring a lecture.

Advertisement for 'Südstadt' (South City) featuring a restaurant and cafe.

Advertisement for 'Im Landestheater' (In the State Theater) featuring a symphony concert.

Advertisement for 'Kaffee-Restaurant Hildenbrand' (Coffee Restaurant Hildenbrand) featuring a daily concert.

Advertisement for 'Südstadt' (South City) featuring a restaurant and cafe.

